1 · Jg · 1969 erscheint monatlich in Berlin 30·6·NR·2

SOZIALPÄDAGOGISCHE KORRESPONDENZ

der Kindergärtnerinnen • Erzieher • Jugendpfleger • und Sozialarbeiter in Praxis und Ausbildung

WARUM KEIN STREIK DER KINDERGÄRTNERINNEN ?

ANALYSE DES AUFGESCHOBENEN STREIKS

In Nr. 1 der SPK hieß es am Ende eines Artikels auf Seite 5: "Die Kindergärtnerinnen werden am 10.6.69 einen 1-tägigen Warnstreik durchführen - mit oder ohne ÖTV!"

Diese Einschätzung der Situation hat sich als falsch erwiesen. Heute ist klar, daß es zu keinem Zeitpunkt zu einem Streik der Kindergärtnerinnen ohne die Gewerkschaften gekommen wäre.

Aus folgenden Gründen:

1. Trotz der gebildeten Arbeitskreise und stärkeren Kommunikationen, blieben die Kindergärtnerinnen isoliert

2. Erfolgreiche Einschüchterung und Verängstigung der Kindergärtnerinnen durch den permanenten Druck von oben - gerade in Kreuzberg

3. Illusion bei den Kindergärtnerinnen über die Funktion der Gewerkschaften

4. Mangelhafte politische Erfahrung



Der erste Fehler war, die Zustimmung zu dem von den Gewerkschaftsbürokraten diktierten Streiktermin (10.6.). Da die Massen der Kindergärtnerinnen einen Streikaufruf des Arbeitskreises der Sozialpädagogen im RC und des Arbeitskreises Kreuzberger Kindertagesstätten für Ende Mai nicht unterstützt hätten, nachdem die Gewerkschaften den Streik für den 10.6. ankündigten, hätte ein früherer Termin und dessen sofortige Veröffentlichung gefordert werden müssen. Indem sich die Kindergärtnerinnen diesem Streiktermin beugten, überließen sie zum erstenmal die Führung der Streikbewegung den Gewerkschafts apparaten. Einer beliebigen Verschiebung des Streiktermins, wie wir erfahren haben unter fadenscheinigsten Vorwänden, stand nun kein Hindernis mehr im Weg. Die Spontanität und Streikbereitschaft der Kindergärtnerinnen sollte und konnte dadurch gelähmt werden. Diese Tatktik der ÖTV und des BVL wurde von den Kindergärtnerinnen zwar einkalkuliert in ihrer Relevanz vanz jedoch nicht erkannt.

Da ÖTV und VBL den Streik auf Kreuzberg beschränken wollten, kam es Ende Mai zu Kontakten zwischen dem RC-Arbeitskreis und der Gewerkschaft Komba. Der Komba sicherte uns jede Unterstützung zu; er stellte sich uneingeschränkt hinter die am 26.2. in Kreuzberg beschlossenen Sofortmaßnahmen und wollte auch ohne Bedingungen den angekündigten Warnstreik in allen westberliner Bezirken unterstützen.

Auf der gemeinsamen Großveranstaltung am 4.Juni beschlossen über 500 Kindergärtnerinnen bei nur 5 Gegenstimmen einen 1-tägigen Warnstreik in allen westberliner Bezirken für den 10.6.69. Ein Streikkomitee wurde gewählt, um den Streik organisatorisch vorzubereiten. Noch während der Veranstaltung wurde bekannt: ÖTV und BVL hatten am Vorabend beschlossen, den Streik auf einen späteren Termin zu verschieben.

Grund:Sie hätten dem Senator für Familie, Jugend und Sport ihre Verhandlungsbereitschaft (bereits zum 2.Mal verlängert) bis zum 12.6. erklärt und wollten am 9.6. in Verhandlungen mit dem Senat treten. Solange diese Verhandlungen nicht gescheitert seien, könnten ÖTV und BVL ihre Friedenspflicht nicht verletzen.

Die Empörung der Versammlung war sehr groß, trotzdem waren die Kindergärtnerinnen entschlossen, am 10.6. zu streiken - mit Unterstützung des Komba.

Das gewählte Streikkomitee traf sich am 6.6. zusammen mit der Landesleitung des Komba. Da auch der Komba (zum ersten Mal) zu den Verhandlungen mit dem Senat am 9.6. eingeladen war, lag den Kombafunktionären an der Verschiebung des Streiks auf den 13.6. Das Streikkomitee war damit nicht einverstanden: eine Vollversammlung der Kindergärtnerinnen habe den Streik für den 10.6. beschlossen.

So fand am 9.6., während der Verhandlung zwischen Senat und Gewerkschaften, eine erneute Vollversammlung der Kindergärtnerinnen statt. Inzwischen hatten ÖTV und BVL erklärt, wenn die Verhandlungen ohne Erfolg verlaufen würden, würde der Streik von ihnen zum 13.6. (allerdings beschränkt auf Kreuzberg) ausgerufen. Der Komba schloß sich dieser Erklärung auf der Versammlung am 9.6. an, wollte allerdings ggfs. den Streik für alle Bezirke ausrufen. Die Versammlung war empört: Nachdem der Streik von den Gewerkschaften von Ende Mai auf den 10.6. und auf den 13.6. verschoben worden war, wollten die Kindergärtnerinnen an diesem Abend wenigstens einen entgültigen Streikbeschluß fassen und nicht wieder warten, bis Verhandlungen zwischen Senats- und Gewerkschaftsbürokraten zu keinem Ergebnis kommen.

Trotzdem zogen wir nicht die Konsequenz, die nach all den Erfahrungen der vergangenen Wochen hätte gezogen werden müssen: nämlich die klare Distanzierung von den Gewerkschaften in der gegenwärtigen Situation. Wir hätten den Komba mit einem Ultimatum zwingen müssen, das an den Senat gerichtete Ultimatum einzuhalten oder offen Farbe zu bekennen. Wir hätten einsehen müssen, 1. daß der Widerspruch innerhalb der Gewerkschaft nun kaum noch für den Streik zu nutzen war und 2., daß der mangelnde Grad unserer Selbstorganisation einen Streik ohne Gewerkschaft auch nicht gestattete. Die Hoffnung, der Komba würde den Streik doch noch unterstützen, war eine Illusion, und diese Illusion hinderte uns daran, selbst zu entscheiden, was nun zu tun sei. Die Gewerkschaften hatten nun freie Hand: Sie brauchten den Streik nur noch abzublasen. Und das taten sie.

ENTLARVUNG DER GEWERKSCHAFTSAPPARATE

Die strategisch wichtigste Frage für die Bewegung der Kindergärtnerinnen ist das Verhältnis von Gewerkschaftsapparaten und Massentätigkeit. Ihre Beantwortung muß davon ausgehen, daß die Kindergärtnerinnen zum Streik ohne Gewerkschaften kaum bereit waren, andererseits nur sie durch selbständige Initiativen (die vom AK im RC ausgingen) die Gewerkschaftsapparate in Bewegung setzten.

Das war möglich aufgrund des Widerspruchs, der allgemein die Taktik von Gewerkschaftsbürokraten bestimmt: die Macht des Apparates, dessen Selbsterhaltung zum Lebensinteresse hauptamtlicherFunktionäre wird, ist letzten Endes abhängig von der Stärke der zahlenden Mitgliedschaft. Um Austritte zu verhindern und die Mitglieder bei der Stange zu halten, um die Mitgliederzahl zu vergrößern, müssen die Funktionäre deren Interessen vertreten und auf Mitgliederdruck hin gegebenenfalls auch zum Streik aufrufen. Andererseits haben sie den Arbeitsfrieden zu garantieren bzw. Kampfbereitschaft in geregelte Bahnen zu kanalisieren (wie das Ritual von Tarifkonflikten).

Inhaltsverzeichnis

Dazu sind die Bürokratien aus wirtschaftlichem Eigeninteresse (Verwendung der Mitgliedsgelder für Büropaläste und kapitalistische Unternehmen statt als Streikkasse) und durch die personelle Verflechtung mit dem Parteien- und Staatsapparat gezwungen. Der ÖTV-Boss Schwäbl ist gleichzeitig SPD-Funktionär und sitzt im Abgeordnetenhaus. Die dem Deutschen Beamtenbund angeschlossene Gewerkschaft der Berliner Senatsbürokratie, die Komba, ist personell mit der CDU verflochten. Viele kleine Sickerts sitzen bei Berliner Tarifverhandlungen augenzwinkernd ihren Duzfreunden aus der Staatsbürokratie gegenüber.

Für die Vorbereitung des Kindergärtnerinnenstreiks waren zwei Besonderheiten wichtig. Die zeitweilig sehr weitgehende Unterstützung eines Streiks, dessen Organisation ein von der Basis gewähltes Streikkomitee der Kindergärtnerinnen selbst übernahm (Versammlung am 4.6.), durch die Komba erklärt sich zum einen aus der Konkurrenz zwischen CDU und SPD, zum anderen aus der Schwäche der Komba (die nur wenig Mitglieder hat und bisher nicht tariffähig war). Die Kombabosse hatten die Chance gewittert, aus der Kindergärtnerinnenbewegung zahlende Mitglieder zu ziehen und an den Verhandlungstisch zu kommen. Dafür waren sie bereit, den Streik für alle Bezirke zu proklamieren. Die ÖTV-Bosse hatten dagegen aufgrund der Fraktionszänkerei in der SPD ein Interesse, ihren "linken" Parteigegner, den Kreuzberger Stadtrat Beck, abzuschießen durch einen auf Kreuzberg beschränkten Streik.

Eine zweite Besonderheit ist die spontane Qualität der Bewegung und der Charakter der Forderungen, die sich auf die Veränderung der Arbeitsbedingungen beziehen, nicht auf Lohnerhöhung. Den an Tarifrituale gewöhnten Gewerkschaftsfunktionären mußte die Qualität der Forderungen, die Spontaneität der Versammlungen zumal angesichts der Mitarbeit radikaler Genossen aus anderen Bereichen in der Kindergärtnerinnenagitation unheimlich und unberechenbar vorkommen. Für Lohnforderungen wäre der Streik vielleicht geführt worden, aber angesichts der Selbsttätigkeit der Kindergärtnerinnen barg ein Streik für die Bürokraten ein zu großes Risiko möglichen Verlusts der Kontrolle.

Daß die Kindergärtnerinnen sich die Führung der Bewegung, die sie selbst in Gang setzten, aus der Hand nehmen ließen, liegt an der schwankenden Linie gegenüber den Gewerkschaften. Die Massenversammlungen schienen die Entscheidungen zu fällen, tatsächlich wurden die Entscheidungen von den Funktionären wieder revidiert, sobald sie der Kontrolle durch die Massen entronnen waren. Diese Revisionen waren möglich, weil die selbständige Organisation der Kindergärtnerinnen bis heute nur sehr locker ist - was wiederum in Wechselwirkung steht mit dem noch unpolitischen Einheitscharakter der Bewegung, mit der Unentschlossenheit und Angst, welche permanente Drohungen und Verhöre durch die Bezirksämter unter der Masse der Kindergärtnerinnen verbreiteten.

Auch zeigte der AK der Sozialpädagogen im RC eine berechtigte, aber oft übertriebene Angst vor Bevormundung durch bewußtere Kräfte und eine falsche Ablehnung gegen vorschnelle offene politische Interpretation des Konflikts; Fehler, die in Zukunft korrigiert werden müssen.

Die nächsten Aufgaben sind:
Der Aufbau von Basisorganisationen auf Bezirksebene, welche die Kontrolle der Erfüllung der Minimalforderungen (die durch Gummiformulierungen vom Senat zugesagt wurden) übernehmen müssen; Analyse der Bewegung und der Situation der Kitas für eine Agitationsbroschüre. Der gegenwärtige Stand der Diskussion erlaubt noch nicht, strategische Lehren, die aus dem Verhalten der Gewerkschaften zu ziehen sind, für den AK der Sozialpädagogen im RC allgemein verbindlich zu erklären.

Arbeitskreis der Sozialpädagogen im Republikanischen Club
montags 20 Uhr, 1 - 15, Wielandstr. 27 2.St.

Kontaktadresse: Tel. 80 45 17
über Renate Haarmann

Treffpunkte und Kontaktadressen

1. Gruppe Sozialbürokratie
mittwochs 16 Uhr, Ort zu erfragen über Otmar Gutfleisch, tel.: 18 o1 61/464

2. Gruppe Heimerziehung
montags 2o Uhr, 1 - 12, Kantstraße 142 bei Christoph Rüsch, tel.: 32 12 6o

3. Funktion und Ideologie der Sozialarbeit
dienstags 2o Uhr, 1 - 19, Kaiserdamm 114 bei Lore Gänsecke, tel.:

4. Gruppe Gesundheitswesen
mittwochs 19 Uhr , 1 - 12, Kantstr. 142 bei Dagmar Sydow, tel.: 32 12 6o

5. Gruppe Ausbildung
freitags 14 Uhr PFH, 1 - 3o, Goltzstr. 43/44, tel.: Eva Fechner 784 58 74

6. Arbeitskreis der Sozialpädagogen im RC
montags 2o Uhr, 1 - 15, Wielandstr. 27, 2. Stock, tel.: 8o 45 17 über Renate Haarmann

WANN GEHT HOPMANN?

Ein Lehrstück nicht nur für die Heimerzieher

Am 4.6.69 sprach Dr. W. Hopmann (Sozialdirektor und graue Eminenz beim Senator für Familie, Jugend und Sport in der sozialpädagogischen Fortbildungsstätte an der Koserstr. über Probleme der sozialpädagogischen Ausbildung.

Hopman bot gleich zu Beginn dem gespannten Auditorium Diskussion an (130 Erzieher, Sozialarbeiter und Sozialpädagogen, Dozenten saßen im vollen Saal) weil - wie sich später herausstellte - er nicht vorbereitet war. Erst auf Drängen des Diskussionsleiters fand er sich bereit über die Reformbestrebungen des Senats im sozialpädagogischen Ausbildungswesen 15 Minuten lang zu referieren.

Wie sieht das Reformkonzept des Senats aus?

Dem akuten Mangel an ausgebildeten Erziehern (40% unausgebildete in öffentlichen Heimen) will Hopmann begegnen, indem er die sechzehnjährigen Mittelschulabsolventen erfassen will, die dann nach zweijähriger sozialpädagogischer Berufsschulausbildung in die obere Klasse der Erzieherausbildung eingeschleust werden sollen.

Anschließend sollte die Diskussion stattfinden. Es erwies sich aber, daß eine Diskussion mit Hopmann nicht möglich war, denn er war nicht bereit, sich vor den Erziehern und Sozialarbeitern, über deren Ausbildung er seit 15 Jahren entscheidend bestimmt, zu "rechtfertigen", wie er wörtlich sagte.

Welche Fragen und Probleme wurden aufgeworfen?

1. Das Hopmannsche Reformkonzept sucht nur das äußere Symptom des akuten Erziehermangels abzustellen. Warum unterschlägt er aber, daß vollbesetzte Stellenpläne die Misere in den Heimen nicht ändern können, solange die Ausbildung inhaltlich so schlecht bleibt, wie sie ist? Warum geht er mit keinem Wort auf die konkrete Heimsituation und die soziale und psychologische Problematik der Kinder ein?

2. Warum besteht nicht auch in Berlin die Möglichkeit, die Erzieher, Sozialarbeiter und Kindergärtnerinnen gleichgestellt in einer Fachhochschule auszubilden, wie es z.B. in Bremen möglich ist? Diese Konzeption bietet folgende Vorteile: a) die Erzieher hätten die Möglichkeit nach einigen Jahren aufreibenden Heimdienstes in andere Bereiche der Sozialpädagogik überzuwechseln b) es könnte ein einheitlich qualifizierter Lehrkörper aufgebaut werden c) durch eine qualifizierte Ausbildung und entsprechende Bezahlung würden neue Personengruppen angesprochen d) die Hierarchie der sozialpädagogischen Berufe müßte aufgrund einer gleich qualifizierten Ausbildung abgebaut werden.

3. Wie soll der Arbeitsplatz des Heimerziehers wirklich atraktiv gemacht werden, wenn immer noch keine pädagogische Konzeption, keine praxisbezogene Forschung und keine positive Publizität zur Verfügung steht?

4. Warum sind Heimerzieher immer noch, obwohl ihre Arbeit äußerst schwierig und verantwortungsvoll ist, gegenüber den Sozialarbeitern benachteiligt?

5. Warum werden bei Ausbildungsreformen die betroffenen Erzieher und Dozenten nicht einmal gefragt, geschweige denn an der Entscheidung beteiligt?

6. Warum unterbindet Hopmann konsequent alle Versuche, moderne psychologische und pädagogische Konzepte (Gruppendynamik, Blockunterricht usw.) an der Koserstr. einzuführen?

Solche Fragen wurden gestellt und noch viele andere. Auf keine einzige wußte Hopmann eine befriedigende Antwort. Stattdessen pflegte er mit maliziösem Lächeln zu schweigen, oder deutete sachliche Kritik als persönlichen Angriff: "Wenn Sie mich angreifen, bin ich nicht bereit zu antworten". Informationsfragen der Erzieher speiste er mit der arroganten Bemerkung ab: "Ach, lieber Kollege, lesen Sie das doch nach, wir haben das vor 15 Jahren schon geschrieben". Auf Drängen der Fragenden, sie doch nun endlich einer Antwort zu würdigen, kam die Reaktion: "Ich warte lieber noch, ich nehme an, daß noch mehr Aggressionen in dieser Versammlung stecken".
Wiederholt warf er Fragestellern vor, ihm nicht richtig zugehört zu haben, er selbst war jedoch nicht in der Lage, von fünf Fragen auch nur eine richtig zu verstehen. Vielleicht hatte Hopmann recht, unter dem Druck seiner unerträglichen Arroganz entstand tatsächlich Aggression gegen seine Person, und die Veranstaltung drohte zu platzen. Aber die Erzieher harrten aus, sie konnten es einfach nicht glauben, daß von Hopmann keine Antwort kommen würde.
Das Fazit zog zum Schluß der Veranstaltung eine ältere Sozialarbeiterin:"Ich möchte feststellen und stehe auch dazu, daß keiner von den Diskussionsteilnehmern sich auf das von Ihnen, Herr Hopmann, gezeigte Niveau herab begeben hat!"

WELCHE KONSEQUENZ ZIEHEN WIR DARAUS?

Allen außer Hopmann war es klar, daß es nicht um seine Person, sondern um Hopmann als Träger einer Senatsfunktion ging. Es ist eine demokratische Selbstverständlichkeit, daß er als Verantwortlicher für das sozialpädagogische Ausbildungswesen, sich der Kritik derer stellen muß, die er mit herablassendem Unterton als "liebe Kollegen" bezeichnet.

ES IST ANZUNEHMEN, DAS HOPMANN DURCH DIESEN LETZTEN AUFTRITT, ABGESEHEN VON SEINEN SONSTIGEN FEHLLEISTUNGEN IN SEINER VERWALTUNG, DEN BERLINER SENAT SO STARK BLAMIERT HAT, DASS ANLASS ZU SEINEM RÜCKTRITT BESTEHT.

Die Forderung nach dem Rücktritt von Hopmann ist schon seit langem überfällig. Selbst Hopmann über- und untergeordnete Personen beim Senator für Familie, Jugend und Sport werden erleichtert aufatmen, wenn Hopmann - der es in 15 Jahren verstanden hat, sich die Macht in dieser Senatsdienststelle zu verschaffen - endlich seinen Platz räumt.

Diese demokratische Forderung nach dem Rücktritt Hopmanns hat aber nur dann Sinn, wenn uns dabei klar wird, daß wir die neue Figur, die an Hopmanns Stelle treten wird, von vornherein einer demokratischen Kontrolle unterstellen müssen. Daß Hopmann so schalten und walten konnte wie er wollte, liegt nicht individuell in ihm begründet, sondern in seiner Funktion als Vertreter des Senats. Und gerade diese Funktion gilt es zu beseitigen. Wir haben an Stelle der diktatorischen Anordnung (z.B. der Richtlinien für die Ausbildung von Sozialpädagogen) eine demokratische Selbstbestimmung der Sozialpädagogen entgegen zu setzen.

DAS BEDEUTET FÜR UNS ERZIEHER UND SOZIALARBEITER MIT ALLER KRAFT ZU VERHINDERN, DASS DIE VORSTELLUNGEN HOPMANNS UND SEINER PARTEIFREUNDE VERBINDLICHE AUSBILDUNGSVORSCHRIFTEN WERDEN, DIE DANN AUF JAHRE HINAUS DAS GESAMTE GESCHEHEN IM BEREICH DER AUSBILDUNG UND PRAXIS ZEMENTIEREN.

Die Sozialarbeiter, die noch in der Ausbildung stehen, haben schon vor einigen Wochen die Konsequenz aus dieser Misere gezogen und eine Arbeitsgruppe "Ausbildung" gegründet. Diese Gruppe hat Entwürfe des Senats und der Parteien einer kritischen Analyse unterzogen und sämtliche Pläne des Senats (in Übereinstimmuhg mit der Dozentenschaft des Pestalozzi-Fröbel-Hauses) als unqualifiziert und undemokratisch entlarvt.

Gleichzeitig haben sich die Studenten des Pestalozzi-Fröbel-Hauses mit dem Widerstand der Ingenieurstudenten solidarisch erklärt und auch gegenüber dem Senat und der Schulleitung Kampfmaßnahmen in Aussicht gestellt.

Es wird immer notwendiger, daß sich in den Ausbildungsstätten und an den Arbeitsplätzen Arbeitsgruppen bilden, die den Senatsplänen strukturverändernde Alternativen entgegenstellen und Pläne des Senats und der Bezirksämter, die von den Kollegen abgelehnt werden, a k t i v verhindern

Um die Bläne bezüglich der Ausbildung von Sozialpädagogen zu kritisieren und ggf. zu verhindern, müssen wir folgende Schritte einleiten:

1. Forderung an die entsprechenden Senatsverwaltungen, die Pläne für die Ausbildung ö f f e n t l i c h zu machen
2. Bildung von Arbeitsgruppen in den einzelnen Ausbildungsstätten
3. Forderung nach Ö f f e n t l i c h k e i t und Teilnahme an den entscheidenden Sitzungen der Senatsverwaltungen und in anderen Interessenverbänden seitens der Erzieher und Sozial arbeiter
4. Forderung an die Gewerkschaften ihre Stellungnahme zu den Plänen zu v e r ö f f e n t l i c h e n.

(denn spätestens seit dem verhinderten Streik der Kindergärtnerinnen weiß selbst der wohlwollendste Kollege, daß die Gewerkschaftsfunktionäre nicht di Interessen der Kollegen beim Senat durchzubringen versuchen, sondern im Gegenteil, die kleinen Sickerts versuchen die Pläne des Senats den Kollegen als die einzig richtigen unterzujubeln. Diesem Verdummungsspielchen muß endlich von den Kollegen ein jähes Ende bereitet werden.)

Kollegen, die an der Bildung von Arbeitsgruppen Interesse haben, treffen sich jeweils montags um 20.oo h in der AG: Heimerziehung des AKS 1 - 12, Kantstr. 142 bei Christoph Rüsch Tel.: 32 12 60

Arbeitsgruppe Heimerziehung im Arbeitskreis kritischer Sozialarbeiter

AUTORITÄRE VERHÄLTNISSE AUCH IN DEN GRUNDSCHULEN

Immer mehr begreifen wir, daß die Mißstände am Arbeitsplatz, ob wir in der Sozialbürokratie, Kindertagesstätten, Heimen oder Krankenhäusern arbeiten, auf die Strukturen dieser kapitalistischen Gesellschaft zurückzuführen sind. Besonders deutlich wird es in den Bereichen der Bildung und Erziehung, denn die Kapitalistenklasse orientiert sich nur an den Grundbedürfnissen der Menschen, wenn sich aus ihnen Profit ziehen läßt. Unsere Forderung aber heißt: Entfaltung und Befriedigung aller Bedürfnisse unabhängig von Profitinteressen einzelner.

Daß die Mißstände nicht auf Gesundheitsämter und Kindertagesstätten beschränkt sind, zeigt eine Darstellung der Situation in den Westberliner Grundschulen:
Immer wieder müssen Lehrerinnen und Lehrer z w e i Grundschulklassen zugleich leiten. Nach wie vor zwingt die starre, ungerechte Durchschnittsfrequenz dazu, Lernanfängerklassen mit 40 Kindern zu bilden. Nach wie vor wird der Grundschule das in allen Oberschulen selbstverständliche Recht vorenthalten, Teilungsstunden für schwierige Bereiche des Unterrichts anzusetzen. Nach wie vor wird den Lehrern der Grundschulen größte Pflichtstundenzahl zugemutet, obwohl jedermann ihre pädagogisch und didaktisch besonders schwierige Aufgabe anerkennt. Nach wie vor steht die materielle Ausstattung der Grundschulen gemessen an den Bedürfnissen weit zurück. Die Liste der Mißstände könnte fortgesetzt werden.

Im Zusammenhang mit unserer Schulordnung ergibt sich folgende grundsätzliche Situation:

Auf Grund der unzumutbaren Arbeitsbedingungen in den Grundschulen sehen die Lehrer genau wie die Kindergärtnerinnen meist keine andere Möglichkeit als die, in autoritärer Haltung Anpassung zu fordern und die Kinder zu disziplinieren. Diese Situation wird verschärft durch Lehrpläne, die von praxisfernen Schulbürokraten verordnet werden. Ein Unterricht, der die Bedürfnisse der Kinder entfaltet und weiterentwickelt,kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch vom progressivsten Lehrer kaum verwirklicht werden.

Genau wie in Kindertagesstätten, der Sozialarbeit in Gesundheits- und Jugendämtern, wird in den Grundschulen deutlich, daß der vom Gesetzgeber in § 1 des Jugendwohlfahrtsgesetzes (JWG) formulierte Anspruch jedes deutschen Kindes auf Erziehung zur geistigen, leiblichen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit nicht einmal in Ansätzen erfüllt wird.

Die Lehrer haben ebenso wie die Sozialpädagogen erkannt, daß sie als einzelne unmöglich diese Situation verändern können und haben als Konsequenz daraus die "Aktion sozialistische Erziehung" gebildet.

Die Lehrer wie die in den Arbeitskreisen des AKS aktiv mitarbeitenden Kollegen haben erkannt, daß Kritik hinter vorgehaltener Hand während der Kaffeepause nichts verändert und es ebenso sinnlos und falsch ist, auf eine progressive Veränderung seitens der Senatsverwaltungen zu hoffen.

GESUNDHEITSAMT WEDDING:

POLIZEIEINSATZ GEGEN SOZIALARBEITER KRANKENSCHWESTERN ÄRZTE UND MEDIZINSTUDENTEN

Mißstände in der Tbc-Fürsorge Wedding sollten am 11.12.1968 während einer üblichen Dienstbesprechung öffentlich diskutiert werden. Um diese Öffentlichkeit herzustellen, wollten 15 Kollegen (darunter Beamte, Angestellte und Studierende aus allen Bezirken) daran teilnehmen.

Die Reaktion des "verantwortlichen" Stadtrates Trampenau (CDU) ist bekannt: Polizeieinsatz - Verhaftung - 6 Stunden Zellenhaft - Anzeige wegen Hausfriedensbruch - Strafbefehl über 25o,- DM ersatzweise 25 Tage Haft - Einspruch - Prozeß besteht noch bevor.

Eine Diskussion in den Arbeitsbesprechungen über die Mißstände wurde von den Weddinger Kollegen weiterhin gefordert und ihnen auch zugesagt. Diese Arbeitsbesprechungen fanden jedoch nicht statt, sie wurden aus fadenscheinigen Gründen drei Mal verschoben. Es mußte erst ein halbes Jahr vergehen, bis eine Dienstbesprechung angesetzt und schließlich für den 4. Juni 1969 festgelegt wurde.

Nach intensiven Diskussionen innerhalb der Gruppe Gesundheitswesen wurde eine Vollversammlung des AKS am 28.5.1969 einberufen. Hierbei beschloß die Versammlung mit großer Mehrheit die Teilnahme an dieser Diskussion. Es wurde folgende Resolution in Form eines offenen Briefes beschlossen:

"Am 28.5.69 hat das AKS-Plenum mit überwiegender Mehrheit beschlossen an der Dienstbesprechung am 4.6. der Sozialarbeiter im Gesundheitsamt Wedding teilzunehmen.

GRÜNDE:

1. Der Sozialarbeiter steht in der hierarchischen Struktur der Gesundheitsämter an unterster Stelle der Befehlskette.
2. Der Sozialarbeiter ist Erfüllungsgehilfe des Arztes und mit sachfremden Hilfstätigkeiten belastet.
3. Deswegen können die Interessen der Klienten nicht wirkungsvoll vertreten werden.

Uns ist bekanntgeworden, daß immer wieder Dienstbesprechungen verschoben wurden und diesmal die Ärzte nicht anwesend sein werden.

Wir fordern, daß die Ärzte, die die Schlüsselpositionen im Gesundheitsamt innehaben, an der Dienstbesprechung teilnehmen, um im Interesse der Klienten die bestehenden strukturellen Mißstände inhaltlich zu diskutieren.

Da die Mißstände über die wir diskutieren werden, charakteristisch für das gesamte Gesundheitswesen sind, werden Kollegen aus anderen medizinischen und sozialfürsorgerischen Bereichen daran teilnehmen und zwar Krankenschwestern, Ärzte, Sozialarbeiter anderer Bezirke, Medizinstudenten und Kindergärtnerinnen.

Gezeichnet: Arbeitskreis kritischer Sozialarbeiter
Sektion Medizinsoziologie
Sektion Sozialisation "

Diese Resolution wurde dem Stadtrat Trampenau, dem Leitenden Amtsarzt Dr. Fuß und der Leitenden Fürsorgerin Frau Handtke per Einschreiben am nächsten Tag zugestellt.

Trotz der im Dezember 68 gemachten Erfahrungen mit der Polizei und dem autoritären Vorgehen des Stadtrates, trafen sich über 1oo Sozialarbeiter, Krankenschwestern, Studenten der Medizin und Ärzte am 4. Juni 1969 vor dem Rathaus Wedding.

Auf Transparenten und Plakaten wurden folgende Forderungen erhoben:

- Autonomie für den Sozialarbeiter
- Abendsprechstunden für berufstätige Mütter in der Säuglings- und Kleinkinderfürdorge
- Gesunde Wohnungen für Tbc-Kranke usw.

Die Versammelten erfuhren in der Zwischenzeit, daß die Dienstbesprechung kurzfristig ohne Angabe von Gründen abgesagt und auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschoben wurde. Als die Demonstranten in das Rathausgebäude gingen, waren die Zugänge zu den Diensträumen des Stadtrates bereits von Polizei abgeriegelt.

Der inzwischen erschienene Stadtrat lehnte von vornherein jedes Gespräch ab. Seine Begründung: DIE DEMONSTRANTEN HÄTTEN SICH NICHT ANGEMELDET, UND ER KÖNNE NICHT ÜBERSEHEN, WER SOZIALARBEITER SEI.

Auf die anschließende Drohung des gewaltsamen Polizeieinsatzes verließen die Kollegen das Rathaus um mit der Bevölkerung zu diskutieren.

Durch Einsatz polizeilisher Greif- und Schlägertrupps wurde dieses Vorhaben brutal unterdrückt. Ein anschließend hergestelltes Flugblatt sollte die im Bezirk Wedding tätigen Sizialarbeiter über die Gründe und Motive dieser Aktion aufklären. Das Flugblatt wurde am nächsten Tag in allen Abteilungen des Gesundheitsamtes verteilt.

Ängstlichkeit, Aggressionen und Gleichgültigkeit waren einige der Reaktionen auf diese Aktion der Öffentlichmachung von Mißständen.

Es hat sich für alle Beteiligten gezeigt (zum 2. Mal !!!), daß der Stadtrat Trampenau nicht in der Lage ist, auf Mißstände, die er in seinem Bereich zu verantworten hat inhaltlich einzugehen. Er konnte noch nicht einmal erklären, daß die Misere in seinem Bezirk nicht ein Ausnahmefall, sondern ein allgemeiner katastrophaler Zustand in allen Westberliner Gesundheitsämtern ist. Im Gegenteil, zum 2. Mal spielte sich der Stadtrat als Initiator einer brutalen Polizeiaktion auf.

Und diese Polizei war dann in der bereits bei ihr bekannten terroristischen Weise im Einsatz, prügelte drauf los und suchte vor allem Frauen heruas, auf die sie einschlug.

Die Aktion ist vor allem von der mobilisierenden Bedeutung für die Sozialarbeiter zu sehen. Wir werden erkennen müssen, daß eine Agitation in den Ämtern, die verbale Kritik am Arbeitsplatz den Bewußtseinprozeß allein nicht vorantreibt. In der direkten Konfontation mit den Autoritäten der Sozialbürokratien wird der Lernprozeß beschleunigt.

Es ist eine elementare Erfahrung jedes Kollegen, wenn er durch Polizeigewalt daran gehindert wird seine berechtigte Kritik an den bestehenden Strukturen in der Sozialarbeit vorzubringeh.

Als wichtigte Arbeit wird für uns eine klare Analyse der Aktion Gedundheitsamt Wedding zu leisten sein, die allein Kollegen in Praxis und Ausbildung zu vermitteln ist

Rote Presse Korrespondenz

DER STUDENTEN-SCHÜLER-UND ARBEITERBEWEGUNG

Redaktion: Solveig Ehrler, Günter Mathias Tripp, Oskar Voigt, Ad-hoc-Gruppen an den Hochschulen, Berufsbasisgruppen im Republikanischen Club Berlin, Betriebsbasisgruppen, Internationales Forschungsinstitut (Infi), Zentraler Ermittlungsausschuß der AStA FU und TU (Justizkampagne)

ROTE PRESSE KORRESPONDENZ 1 BERLIN 30, EISLEBENER STRASSE 14
Tel.: 24 22 26

BESTELLSCHEIN

Ich bestelle ab .... die wöchentlich erscheinende Rote Presse Korrespondenz zum monatlichen Abonnementspreis von DM 4.00 (Ausland: DM 5.00; Luftpost Abonnement Ausland: DM 6.00 zuzüglich Luftpostzuschlag.)
Der Einzelpreis beträgt DM 1.00. Das Abonnement kann nach 3 Monaten zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats gekündigt werden.
Nachdrucke sind nur nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Den Abonnementspreis von DM 4.00 DM 5.00 (nicht Zutreffendes streichen) (im Quartal DM 12.00 DM 15.00) überweise ich im voraus auf das Konto der: Rote Presse Korrespondenz GmbH bei Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Kt. Nr. 80/54 36 (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00)

NAME: ....

WOHNORT: ....

STRASSE: ....

DATUM: .... UNTERSCHRIFT: ....

Einen Finger kann man brechen — Fünf Finger sind eine Faust

SPK

SPENDEN

können eingezahlt werden:

auf das Postscheckkonto 1o 1o 85 Berlin-West
Manfred Rabatsch, 1 Berlin 12, Bismarckstr. 27

•impressum•

Verantwortlich: REDAKTIONSKOLLEKTIV

ANSCHRIFT: Manfred Rabatsch, 1 - 12
Bismarckstraße 27